

**Vizepräsidentin Ulla Schmidt**

- (A) Zu dieser Abstimmung liegt eine Erklärung nach § 31 unserer Geschäftsordnung vor.<sup>1)</sup>

Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/4705, den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 18/4087 in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer Enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

### Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/4710. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer Enthält sich? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

- (B) Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/4705, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 18/4279 für erledigt zu erklären. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen des gesamten Hauses angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 14 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Stephan Kühn (Dresden), Tabea Rößner, Matthias Gastel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### Fluglärm wirksam reduzieren

#### Drucksache 18/4331

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur (f)  
Finanzausschuss  
Ausschuss für Gesundheit  
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit  
Ausschuss für Tourismus

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 25 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, jetzt ihre Plätze einzunehmen und notwendige Gespräche außerhalb des Saales zu führen. (C)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Stephan Kühn, Bündnis 90/Die Grünen.

**Stephan Kühn (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrte Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich will vorwegstellen: Es fällt nicht leicht, nach dem Absturz der Germanwings-Maschine am 24. März in den Alpen andere Probleme der Luftfahrt zu diskutieren. Wie stark die Ereignisse emotional nachwirken, haben wir, glaube ich, gestern gemeinsam im Verkehrsausschuss erlebt.

Dennoch wird weiterhin geflogen, und kein anderer Verkehrsträger wächst so schnell wie der Flugverkehr. Viele Menschen im Umfeld von Flughäfen sind hohen Lärmbelastungen ausgesetzt und fühlen sich in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt. Deshalb müssen wir uns mit diesen Themen auseinandersetzen, zumal nächste Woche wieder der Internationale Tag gegen Lärm ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Fluglärm die Gesundheit gefährdet, ist inzwischen unumstritten und wissenschaftlich gut belegt. Kinder, ältere und kranke Menschen sind für die schädlichen Wirkungen von Lärm besonders sensibel. Deshalb müssen wir Fluglärm wirksam reduzieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Flugverkehr hat sich in den letzten 20 Jahren in Deutschland mehr als verdoppelt. Zwar sind neue Flugzeuge in den letzten Jahren deutlich leiser geworden, doch der rasante Anstieg des Luftverkehrs und der längere Einsatz von älteren Flugzeugtypen haben zur Folge, dass die Lärmbelastung insgesamt nicht sinkt. Der Schutz der Betroffenen vor Fluglärm ist gesetzlich völlig unzureichend geregelt. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung hat im vergangenen Jahr ein Sondergutachten mit dem Titel „Fluglärm reduzieren: Reformbedarf bei der Planung von Flughäfen und Flugrouten“ vorgelegt und darin festgestellt, dass Luftverkehr und Fluglärm im geltenden Recht in nicht mehr zeitgemäßer Weise privilegiert werden und – so heißt es dort – die gesetzliche Regelung der Fluglärmproblematik im Luftverkehrsrecht unterentwickelt ist. Ich finde, das ist ein vernichtendes Urteil.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ulla Schmidt:**

Herr Kollege Kühn, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Nissen zu?

**Stephan Kühn (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Gerne.

<sup>1)</sup> Anlage 2

(A) **Vizepräsidentin Ulla Schmidt:**

Bitte schön.

**Ulli Nissen (SPD):**

Herzlichen Dank, Herr Kühn, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – „Fluglärm reduzieren“ ist wirklich ein wunderbarer Titel. Mein Wahlkreis ist Frankfurt. Der Frankfurter Flughafen liegt mittendrin. Ich weiß, wie die Bürgerinnen und Bürger dort leiden. Ich selbst habe bei Menschen übernachtet, die mitten in der Lärmschutzzone 1 wohnen. Ich weiß, dass morgens um fünf die Nacht dort vorbei ist.

Die hessischen Grünen haben wunderbarerweise in ihrem Wahlprogramm stehen gehabt, dass sie verhindern wollen, dass Terminal 3 gebaut wird. Sie haben auch versprochen, ein Nachtflugverbot zwischen 22 Uhr und 6 Uhr einzuführen. Wir wissen: Wir haben inzwischen eine schwarz-grüne Landesregierung, und auch in Frankfurt regiert Schwarz-Grün. Es passiert in dieser Hinsicht aber nichts.

(Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Die SPD hat sich auch nicht verändert!)

Ich möchte Sie fragen: Wie wollen Sie den hessischen Bürgerinnen und Bürgern diesen Antrag erklären, wenn Sie dort, wo Sie in der Landesregierung sind, nicht entsprechend handeln? Das würde ich gerne von Ihnen wissen.

(B) (Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vom hessischen Wirtschaftsminister kommen immerhin Vorschläge! – Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja so eine Heuchelei! Unfassbar!)

**Stephan Kühn (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich erkläre Ihnen das gerne, Frau Kollegin. Natürlich hätten wir uns gewünscht, im Rahmen des Koalitionsvertrages in Hessen mehr für den Lärmschutz durchzusetzen, wie Sie es in einer ähnlichen Situation in Landesregierungen vermutlich ebenfalls versucht haben.

Warum bringen wir diesen Antrag ein? Weil einer Landesregierung natürlich die Hände gebunden sind, wenn die Bundesgesetze so sind, wie sie sind. Der Bundesgesetzgeber ist für das Luftverkehrsgesetz und das Fluglärmschutzgesetz zuständig. Wir wollen mit diesem Antrag einen Beitrag dazu leisten, dass darüber diskutiert wird: Wie kann der Fluglärmschutz auf bundesgesetzlicher Ebene verbessert werden? Eine Landesregierung muss sich an Recht und Gesetz halten; das ist doch klar.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Den Ausbau haben die Sozialdemokraten in Hessen und Frankfurt auch mitbeschlossen! – Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ulla Schmidt:**

Jetzt hat wieder der Kollege Kühn das Wort.

**Stephan Kühn (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich will diese Gelegenheit nutzen, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf den Koalitionsvertrag zu sprechen zu kommen, auf den der Großen Koalition. Man muss sagen, dass da wenig drinsteht, und das Wenige, das da drinsteht, wird noch nicht einmal umgesetzt. Zum Beispiel wird darin eine deutlichere Spreizung bei den lärmabhängigen Flughafenentgelten angekündigt. Doch Verkehrsminister Dobrindt hat die geplante Novelle zum Luftverkehrsgesetz, die dafür erforderlich wäre, aus der Vorhabenplanung der Bundesregierung gestrichen.

(Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na, so was! – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie bitte? Wie kommt denn das?)

Das ist ungläubwürdig, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Absurd ist auch, wie die Bundesregierung beim Nationalen Verkehrslärmschutzpaket vorgeht. Es ist bereits 2008 beschlossen worden. Das Ziel war, den Fluglärm bis 2020 um 20 Prozent zu verringern. Wir haben die Bundesregierung gefragt: Wie sieht es damit aus? Die Antwort war, dass sie uns nicht sagen kann, welches das Ausgangsniveau und welches das Zielniveau war, wie man den Lärmschutz also verbessern will, und sie hat auch nicht vor, einzelne Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirkung zu berechnen. Meine Damen und Herren, das ist nichts anderes als eine Mogelpackung. Das ist reine Symbolpolitik. Sie lassen die Betroffenen an dieser Stelle allein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Notwendig sind substanzielle Maßnahmen. Wir schlagen verschiedene vor. Wir wollen den Vorrang des aktiven Schallschutzes vor dem passiven Schallschutz im Luftverkehrsrecht verankern, wie es auch bei den anderen Verkehrsträgern der Fall ist. Wir brauchen Lärmobergrenzen und ein Lärminderungsgebot. Außerdem hat die EU im Rahmen eines Vertragsverletzungsverfahrens, in dem es um die Frage der Festlegung von Flugroutenplanung geht, kritisiert, dass es derzeit keine Umweltverträglichkeitsprüfung gibt. Wir brauchen Vorgaben für eine lärmreduzierte Flughafenplanung. Wir brauchen eine starke Öffentlichkeitsbeteiligung und transparente Abwägungskriterien für die Planung von Flugrouten. All das fehlt.

Auch das Fluglärmschutzgesetz schützt nicht wirklich wirksam vor Fluglärm. Hier müssten die Grenzwerte gesenkt werden. Deshalb erwarten wir, meine Damen und Herren von der Koalition, dass Sie die Überprüfung des Fluglärmschutzgesetzes vorziehen und noch diese Legislaturperiode wirksame Maßnahmen zur Verbesserung des Fluglärmschutzes einleiten. Wir erwarten ebenso, dass im geplanten nationalen Luftverkehrskonzept eine umfassende Lärminderungsstrategie verankert wird.

(C)

(D)

**Stephan Kühn (Dresden)**

- (A) Meine Damen und Herren von der Koalition, Sie müssen jetzt Farbe bekennen, erklären, dass Sie es mit dem Fluglärmschutz wirklich ernst meinen, und entsprechende Vorschläge machen. Wir haben Vorschläge eingebracht.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man könnte ja schon mal unserem Antrag zustimmen!)

**Vizepräsidentin Ulla Schmidt:**

Vielen Dank. – Nächster Redner ist Peter Wichtel, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Peter Wichtel (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der uns vorliegende Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht ein Thema an, das sich wunderbar eignet – der Kollege Kühn hat das vorgetragen –, darüber zu diskutieren. Wir als CDU/CSU-Fraktion freuen uns jedes Mal, wenn wir uns im Deutschen Bundestag über dieses Thema konstruktiv mit Ihnen auseinandersetzen können. Dies bedeutet insbesondere, dass zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den Anwohnern um die Flughäfen herum, diskutiert werden muss.

- (B) Im Übrigen kann ich dazu sagen, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der letzten Legislaturperiode unter Führung von Arnold Vaatz einen Initiativkreis Luftverkehr hatte, in dem wir sehr sachbezogen gearbeitet haben. Wir haben nicht nur mit Vertretern der Luftverkehrswirtschaft gesprochen, sondern auch mit Interessenvertretern der Fluglärmgegner und mit der Fluglärmkommission und sind zu dem Ergebnis gekommen – das gilt auch heute noch –, dass insgesamt alle Verkehrsbereiche zu viel Lärm machen und die Bevölkerung belasten.

(Stephan Kühn [Dresden] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das teilen wir!)

Wir hoffen, dass Sie das genauso sehen, wenn wir dann über den Schienenlärm reden, den wir gerade nachts haben.

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: So ist das!)

Da sind wir ja auch gemeinsam unterwegs. Ich denke, da gibt es viele Dinge zu tun. Nur, wir haben unterschiedliche Ansätze, wie man da etwas tun kann.

In der Debatte fehlen meiner Ansicht nach insbesondere zwei wichtige Dinge. Erster Punkt. Sie wissen genau, dass man im Zusammenhang mit Lärm rund um Flughäfen nur dann eine friedlichere und bessere Zielrichtung in die Diskussion bekommt, wenn alle Beteiligten zusammenarbeiten und man fair und offen mit dem Thema umgeht. Ich sage ganz deutlich: Dank von Generation zu Generation immer leiser werdenden Triebwerken sind die Flugzeuge in den letzten 14 Jahren

durchschnittlich um 75 Prozent leiser geworden. Ich möchte das ganz besonders betonen, weil ja immer behauptet wird, die Luftverkehrsbranche tue nichts gegen den Lärm. Die Luftverkehrsbranche investiert jedoch 17 Prozent ihres Umsatzes in Forschung und Entwicklung. (C)

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Richtig!)

Diese Zahlen belegen eindeutig, dass das, was Sie hier ansprechen, unabhängig von gesetzgeberischen Maßnahmen in der Branche bereits heute umgesetzt wird.

Der zweite Punkt, den ich vermissen, ist, dass die Beteiligten rund um einen Flughafen offen, ehrlich und transparent miteinander diskutieren. Als ein Bürger, der bis heute zeit seines Lebens in der Einflugschneise des Frankfurter Flughafens lebt, kann ich nur bestätigen: Selbst wenn es zwischen Anwohnern und Flughäfen unterschiedliche Auffassungen gibt, ist das Verhältnis vor Ort von Akzeptanz und Respekt geprägt. Ich sage aber genauso deutlich: Der größere Anteil der Anwohner rund um die Flughäfen schätzt die Flughäfen als Arbeitgeber, als Wirtschaftsmotoren und als Tore zur Welt. Die Diskussion, die Sie hier führen – Sie sprechen von Intransparenz und Sonstigem –, kann ich schlichtweg nicht verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Andreas Rimkus [SPD])

Was Sie in Ihrem Antrag ansiedeln, ist für mich nicht nachvollziehbar. Sie müssen auf einem anderen Stern leben. (D)

Schauen Sie sich die Wahlergebnisse rund um den Frankfurter Flughafen an: Kein einziger Abgeordneter, der als Flughafengegner angetreten ist, ist direkt in den Deutschen Bundestag gewählt worden.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat sich hier aber gerade anders angehört! – Stephan Kühn [Dresden] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kann doch nicht das entscheidende Kriterium sein! – Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sehe ich auch nicht!)

Aber ich sage einmal ganz deutlich: Das ist ein anderes Thema.

Das Verhältnis zwischen den Anwohnern und den Flughäfen ist kein schlechtes. Ich denke, man kann das noch an einer anderen Zahl festmachen, die ich Ihnen auch mitteilen möchte: Laut einer Umfrage des Bundesumweltministeriums ist der Prozentsatz der Menschen, die sich von Fluglärm belästigt fühlen, in den letzten 14 Jahren von 15 Prozent auf 6 Prozent gefallen. All diese Zahlen ignorieren Sie schlicht, weil Sie aus Populismus alles andere an die Seite schieben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Stephan Kühn [Dresden] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben die Zahlen aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage verwendet!)

**Peter Wichtel**

- (A) Meine sehr verehrten Damen und Herren, selbstverständlich sind wir insgesamt unterwegs, die Lärmziele und die Rahmenbedingungen rund um die Flughäfen weiterhin zu verbessern. Ich denke, es ist deutlich geworden, dass die Industrie an diesem Thema arbeitet; dazu braucht sie aber eine ausreichende finanzielle Situation.

Ich möchte abschließend sagen: Ich sehe es als wirtschaftlich unbedingt wichtig an, dass keine Sonderbelastungen der Luftverkehrswirtschaft da sind. Die Luftverkehrsteuer und Dinge wie die auf Europa beschränkte Emissionshandelsthematik tragen nicht dazu bei, dass es weltweit zu einem fairen Wettbewerb kommt.

(Beifall des Abg. Arnold Vaatz [CDU/CSU] – Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Wirtschaft ist das Einzige, was zählt!)

Auch deswegen fehlen die Gelder, um noch schneller in leisere Flieger zu investieren. Ich erwarte einfach, dass das passiert. Deswegen sind all die Dinge, die Sie hier vortragen, aus Sicht der Wirtschaft und derjenigen, die sich regelmäßig um den Luftverkehr kümmern, erledigt. Wir werden Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt viele Wirtschaftsverbände, die sich auch gegen Fluglärm engagieren!)

- (B) **Vizepräsidentin Ulla Schmidt:**

Vielen Dank. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Herbert Behrens.

(Beifall bei der LINKEN)

**Herbert Behrens (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es damit getan wäre, dass die Luftverkehrswirtschaft schon alles für sich allein regelt und wir uns gar nicht darum kümmern müssten, wären wir hier, glaube ich, fehl am Platze. Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, die wir ergreifen müssen, um die Lärmbelastung, die objektiv da ist, wirklich zu senken. Es hilft nicht der Hinweis auf Prozentzahlen, die früher höher waren als heute, um zu sagen: Das Problem ist damit gelöst. – Im Gegenteil: Wir haben das Problem der Belastungen. Wir haben ein erhöhtes Risiko bei Kreislauferkrankungen. Wir haben Schlafentzug, wir haben Kreislaufbeschwerden als Folgen von Fluglärm. Wir haben den Nachweis, dass Kinder in ihrer Entwicklung behindert werden, wenn sie Fluglärm ausgesetzt sind. Darum müssen wir uns hiermit beschäftigen. Darum ist es auch wichtig, dass es diesen Antrag der Grünen gibt. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts des Lärmterrors und auch der hohen Umweltbelastungen, der Umweltverpestung, die im Luftverkehr außerordentlich ist, ist es wichtig, dass wir

- uns mit den einzelnen Punkten, die in diesem Antrag genannt worden sind, auseinandersetzen. (C)

Angesichts des Ausmaßes der Belastungen, die wir trotz gesunkener Prozentzahlen, Herr Wichtel, die Sie vorgetragen haben, verzeichnen, ist hier wirklich schnelles Handeln erforderlich. Wenn wir nämlich nicht beherzt eingreifen, kommt es zu der exorbitanten Steigerung des Luftverkehrs um 65 Prozent bis zum Jahr 2030. Dieses Szenario sollten wir uns ersparen.

(Beifall bei der LINKEN – Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Horror!)

Eine Wende im Luftverkehr heißt, dass wir den Zuwachs stoppen. Wir unterstützen deshalb die Forderungen in dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen. Wir unterstützen insbesondere auch die Forderungen der Bürgerinitiativen aus Frankfurt, aus Berlin, die teilweise in diese Forderungen eingeflossen sind, und sagen: Wir brauchen ein Nachtflugverbot, um zumindest in der Nacht den Fluglärm zu verhindern.

(Zuruf von der CDU/CSU: Fordern Sie doch Stillstand in der Wirtschaft!)

Wir brauchen, wie es Initiativen in Frankfurt fordern, eine Maximalbelastung von 380 000 Flugbewegungen, damit die Leute auch einmal Ruhe finden können.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Gesundheit geht vor Wirtschaftlichkeit. Das haben auch Gerichte festgestellt, und das ist gut so. Das ist ein Erfolg der Bürgerinnen und Bürger, die sich seit Jahren und Jahrzehnten mit dieser Frage auseinandergesetzt haben. Das sollte auch ein Ansporn für uns sein, in dieser Frage weiterzuarbeiten, um zu mehr Entlastung der lärmgeplagten Bürgerinnen und Bürger zu kommen. (D)

14 Forderungen haben Bündnis 90/Die Grünen in ihr Papier aufgenommen und aufgefordert, aktiv zu werden. Ich finde, die Forderungen gehen in die richtige Richtung. Wenn man diese Bundesregierung aber auffordert, doch bitte schön einen Gesetzentwurf einzubringen, ist damit sehr viel Hoffnung verbunden. Ob das erfolgreich sein wird, weiß ich nicht,

(Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben da auch einige Zweifel, in der Tat!)

aber zumindest sind die Forderungen auf den Punkt gebracht. Das ist in Ordnung so, darum unterstützen wir sie auch.

Wir brauchen ein neues Luftverkehrsgesetz, damit auch gesetzlich klargestellt wird, dass Gesundheit vor Profit geht. Wir brauchen ein neues Fluglärmschutzgesetz, damit die Anwohner von alten und von neuen Flughäfen gleichgestellt werden, und wir brauchen weitere Maßnahmen zur Entlastung. Lärmpausen – wie jetzt in Frankfurt ausprobiert – helfen uns da nicht wirklich weiter.

(Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist aber wenigstens ein Anfang!)

**Herbert Behrens**

- (A) Sie entlasten zwar an der einen Stelle dadurch, dass bestimmte Flugkorridore zeitweise nicht mehr bedient werden, aber die Flüge finden an anderen Stellen statt. Diese zusätzliche Belastung dürfen wir nicht akzeptieren, und darum kann das nicht mehr als ein Versuch sein. Ich hoffe, dass sich das auch in Hessen schnell herausstellt.

Wir brauchen auch keine Erweiterung des Flughafens durch ein weiteres Terminal in Frankfurt. Wir brauchen eine Reduzierung im Luftverkehr. Viele Inlandsflüge lassen sich durch einen vernünftigen Bahnverkehr und ein vernünftiges Fernverkehrskonzept ersetzen.

Wir brauchen eine Wende im Luftverkehr dadurch, dass die einseitigen Bevorzugungen, die direkten und indirekten Subventionen abgebaut werden. Wir brauchen eine Gleichbehandlung der Verkehrsträger. Die Steuerfreiheit bei Kerosin ist von gestern. Wir brauchen auch keine Ausnahmen bei der Mehrwertsteuer auf die Tickets.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen anders produzieren, damit wir Frachtflüge anders gestalten.

Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen sollte deshalb unterstützt werden. Lassen Sie uns darüber hinaus diese Debatte dazu nutzen, sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch zu einer neuen Initiative gegen Fluglärm zu kommen.

Vielen Dank.

- (B) (Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ulla Schmidt:**

Vielen Dank. – Nächster Redner ist Arno Klare, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Arno Klare (SPD):**

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, das ist eine sehr muntere Debatte, und ich hoffe, ich kann auch ein wenig zu dieser Munterkeit beitragen.

Der Antrag der Bündnisgrünen ist sehr umfassend, und da wir ihn im Ausschuss noch einmal zu beraten haben werden, will ich hier nur ein paar sehr allgemeine Ausführungen machen und damit beginnen, was im Koalitionsvertrag sehr allgemein steht – ich zitiere –:

Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für persönliche Freiheit, gesellschaftliche Teilhabe sowie für Wohlstand und Wirtschaftswachstum. Grundlage hierfür ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Sie sichert unsere europäische und globale Wettbewerbsfähigkeit.

Ich füge sehr bewusst und sehr dezidiert hinzu: Dazu gehört auch unverzichtbar der Luftverkehr.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU) (C)

Diese Tatsache haben die Wählerinnen und Wähler bzw. Sympathisantinnen und Sympathisanten der Bündnisgrünen übrigens durchaus verinnerlicht, wie wir aus einer Umfrage wissen.

(Stephan Kühn [Dresden] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Sie sind die Partei, die am meisten fliegt;

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Quatsch! – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben den Unterschied zwischen Partei und Wähler nicht verstanden!)

das heißt, Sie schätzen diesen Mobilitätsmodus in besonderer Weise.

Ich will mich jetzt nicht auf so eine Schlagzeile wie die des *Fokus* beziehen – er hat „Ökofreunde im Kerosinrausch“ getitelt –, weil das wüste Polemik ist, und dem schließe ich mich nicht an.

(Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das musste aber noch einmal zitiert werden!)

Es gibt aber eine durchaus sozialwissenschaftliche Erklärung dafür, dass die Wählerinnen und Wähler Ihrer Partei mehr fliegen als die der Sozialdemokraten. Sie sind die Partei der Besserverdienenden, (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und Sie sind in der Lage, sich diese Flüge zu leisten.

(Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Sie sind die Partei des Florian!)

Die Maya-Tempel auf Yucatán erreicht man nicht mit dem Ökofahrrad – das ist richtig –, wobei ich nichts dagegen habe, dass Sie da hinfliegen.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch echt billig! – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie armselig ist das denn!)

Setzte man alle 14 Punkte, die in diesem Antrag stehen, um, dann würde das zu einer massiven Gefährdung des Luftverkehrsstandortes Deutschland führen. Das wollen wir nicht, und insofern können wir diesem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aus meiner Sicht blenden Sie einen Aspekt völlig aus. Dafür nenne ich Ihnen nur zwei Beispiele. Ein Beispiel ist der Flughafen Frankfurt – Ulli Nissen hat das gerade schon einmal angesprochen – und das andere mein Heimatflughafen Düsseldorf. Der Flughafen Frankfurt ist einer der größten Arbeitgeber und Steuerzahler in Hessen, und der Düsseldorfer Flughafen – er ist deutlich kleiner als der Frankfurter – ist mit 54 000

**Arno Klare**

- (A) Arbeitsplätzen einer der größten Arbeitgeber in Nordrhein-Westfalen.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Deshalb kann man sich doch trotzdem für  
Fluglärm interessieren!)

Insgesamt sind Flughäfen Kristallisationskerne wirtschaftlicher Prosperität, und diese Kerne müssen wir erhalten.

**Vizepräsidentin Ulla Schmidt:**

Herr Kollege Klare, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Krischer?

**Arno Klare (SPD):**

Bitte.

**Vizepräsidentin Ulla Schmidt:**

Bitte schön.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege Klare, ich bin Ihnen dankbar für Ihre Ausführungen, weil Sie den Menschen im Land verdeutlichen, wer für die Fluglärmproblematik verantwortlich ist. Ich glaube, wer dazu steht, zeigt Ihr Redebeitrag sehr deutlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Ich möchte Ihnen eine sehr konkrete Frage stellen, da Sie ja nur allgemeine Ausführungen machen wollen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung, die bekanntermaßen aus SPD und Grünen besteht, fordert seit langem einvernehmlich ein Nachtflugverbot für Frachtmaschinen am Flughafen Köln/Bonn, und auch die Region fordert das. Hier besteht großes Einvernehmen. Können Sie mir erklären, warum die Bundesregierung, die Sie ja mittragen, dieses Nachtflugverbot am Flughafen Köln/Bonn erst kürzlich durch Herrn Verkehrsminister Dobrindt abgelehnt hat?

**Arno Klare (SPD):**

Herr Krischer, ich weiß nicht, woher Sie die Information haben. Diese Forderung eines Nachtflugverbotes gibt es in Nordrhein-Westfalen nicht.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Er weiß es nicht! – Weiterer Zuruf vom  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Im Koalitions-  
vertrag!)

**Vizepräsidentin Ulla Schmidt:**

Hören Sie jetzt bitte zu.

**Arno Klare (SPD):**

Das steht so nicht im Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen. Das ist auch so nicht gemeint.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CDU fordert das in der Tat – das ist richtig –, aber die SPD nicht. Ich bin dafür, dass dieses Nachtflugver-

bot nicht kommt. Es muss Nachtflüge geben, weil die Logistik in Köln diese Nachtflüge braucht. (C)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Auch Sie wissen das. An diesem Logistikstandort in Köln hängen Tausende von Arbeitsplätzen.

(Peter Wichtel [CDU/CSU]: Es sind welche wegen des Nachtflugsverbots aus Frankfurt weggegangen!)

Sie tun so, als gäbe es in der gesamten Luftfahrt keinerlei Anstrengungen, Lärm zu minimieren und Kerosin einzusparen. Gerade eben sind schon die Lärmminierungen um 75 Prozent, also 25 Dezibel, in den letzten 30 Jahren erwähnt worden. Diese Lärminderung konnte durch neue Triebwerkstechnologien, durch neue Aerodynamik und durch eine Gewichtsreduktion erreicht werden.

Ich war in der vorigen Woche mit dem Kollegen Rimkus in Hamburg: Wir haben den Hafen besichtigt. Wir haben auch Airbus besichtigt. Dort haben wir auch Bauteile aus dem 3-D-Drucker gesehen. Diese filigranen Bauteile haben die gleiche Stabilität wie andere Bauteile, aber nur die Hälfte des Gewichts.

(Andreas Rimkus [SPD]: Absolut!)

Das reduziert erstens enorm Lärm und zweitens Gewicht. Daraus resultiert auch eine Verminderung des Kerosinverbrauchs der Flugzeuge.

Wir haben auch gesehen, dass die neue Generation der Flugzeuge für das Rollen auf dem Boden keine Engines mehr brauchen, sondern stattdessen wird ein Elektromotor ins Bugrad eingebaut, im Übrigen betrieben durch eine Brennstoffzelle, was enorm Kerosin spart und was dazu beitragen wird, dass die Geräuschemissionen sinken werden. (D)

(Andreas Rimkus [SPD]: Tolle Industrie!)

Auch eines muss man sehen: Wir beide waren in Hamburg. Ich fliege nicht besonders gerne, wie alle wissen, weil ich ein bisschen unter Flugangst leide.

(Michaela Noll [CDU/CSU]: Ich auch!)

Herr Rimkus ist zurückgefliegen, ich bin mit dem Zug zurückgefahren. Jetzt habe ich mir Folgendes überlegt: Mein Zug hat auf einer Strecke von 400 Kilometern durch die niedersächsische Tiefebene,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

an wunderschönen Dörfern vorbeifahrend, ohne Lärmschutz, eine Lärmschleppe von 400 Kilometern hinter sich hergezogen. Herr Rimkus hat zwei Schallereignisse erzeugt, eins in Fuhlsbüttel, eins in Mülheim bzw. in Düsseldorf, wo er gelandet ist. Als er die Strecke in 10 000 Metern Höhe zurückgelegt hat, hat das im Dorf keiner gehört. Wer stört nun die Menschen mehr?

(Martin Burkert [SPD]: Der Zug nicht!)

– Der Zug, nicht der Flieger.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Martin Burkert [SPD]: Nie im Leben!)

**Arno Klare**

- (A) Wir müssen, glaube ich, anfangen, anders darüber nachzudenken, wenn wir Lärm bewerten.

(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Das ist ein völliger Unsinn! Wie kann man solch einen Blödsinn verzapfen?)

Ein paar Fakten zum Schluss. 80 Prozent aller Flüge von Deutschland gehen ins Ausland und betragen mehr als 400 Kilometer. Der Schienenverkehr ersetzt durchaus Flüge, zum Beispiel zwischen Köln und Frankfurt oder zwischen Berlin und Hamburg; das ist nachgewiesen. Nur 3 Prozent aller Flüge sind zwischen 23 Uhr und 5 Uhr morgens. Dass also nachts viel geflogen wird, stimmt nicht.

Lärmabhängige Flughafengebühren gibt es seit den 70er-Jahren. Die Passagierzahlen sind von 1991 bis heute um 260 Prozent gestiegen, die Zahl der Flüge nur um 163 Prozent. Diese Entkopplung, die Sie leugnen, gibt es also tatsächlich. 51 Prozent aller Incoming-Touristen kommen mit dem Flugzeug, also ein sehr großer Wirtschaftsfaktor.

Die Steuerleistung des Luftverkehrssektors liegt bei 14 Milliarden Euro im Jahr. Wenn man die Einnahmen aus der Sozialversicherung hinzurechnet, kommen noch einmal 9 Milliarden Euro dazu. Die Höhe dieser Einnahmen ist ungefähr mit der Höhe der Kfz-Steuer zu vergleichen, also nicht zu vernachlässigen.

Die indirekten Subventionen belaufen sich keinesfalls auf 10 Milliarden Euro, sondern auf maximal 500 Millionen Euro, wie dem Subventionsbericht der Bundesregierung eindeutig zu entnehmen ist.

(B)

(Stephan Kühn [Dresden] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Milchmädchenrechnung nennt man so etwas!)

Diese Zahl wurde so errechnet, wie man rechnen muss. Eine Mehrwertsteuer auf Tickets für Flüge im Inland fällt an, aber nicht auf Tickets für Auslandsflüge, weil die Mehrwertsteuer ab der Grenze nicht mehr erhoben werden kann. Um das nicht ausrechnen zu müssen – das ist äußerst kompliziert –, ist man dazu übergegangen, die Mehrwertsteuer nicht zu berechnen. Wenn man über die Kerosinbesteuerung redet, sollte man sich vielleicht daran erinnern, dass wir dem Chicagoer Abkommen beigetreten sind, mit dem diese Besteuerung ausgeschlossen wird.

Diese ganze Debatte werden wir im Ausschuss noch sehr detailliert zu führen haben. Dazu bin ich gerne bereit. Aber so, wie Sie das machen, ist das im Grunde nur ein psychotaktisches Manöver, um von Ihren Versäumnissen gegenüber Ihrer eigenen Klientel in Hessen abzulenken. Das ist der Punkt. Hier gibt es Fundamentalismus und in Hessen Gott sei Dank die Realpolitik.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Ulla Schmidt:**

Vielen Dank. – Letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Florian Obner. Ich mache da-

rauf aufmerksam, dass wir jetzt keine Zwischenfragen mehr zulassen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Florian Obner (CDU/CSU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Grünen, Ihr Antrag ist wieder einmal an Realitätsferne nicht zu überbieten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

So ist gleich zu Beginn Ihres Antrags von einer angeblich umfassenden Subventionierung des Luftverkehrs in Deutschland die Rede. Das kann man angesichts der wirtschaftlichen Gesamtlage der deutschen Fluggesellschaften und der scharfen Wettbewerbssituation mit den Konkurrenten aus der Türkei und dem Mittleren Osten nur als blanken Hohn bezeichnen.

(Stephan Kühn [Dresden] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die werden noch mehr subventioniert! So einfach ist das! – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit dem Flughafenbau? Was ist mit der Kerosinbesteuerung?)

In Ihrem Antrag lassen Sie geflissentlich sämtliche Anstrengungen der Flughäfen und der Luftverkehrswirtschaft für einen verbesserten Schutz vor Fluglärm unberücksichtigt. Es wird auch mit keiner Silbe erwähnt, dass die Schutzziele, die sich aus den Durchführungsverordnungen zum bestehenden Fluglärmschutz ergeben, an vielen Standorten noch in der Umsetzung sind. Insofern kann man Ihren Antrag nur wie folgt zusammenfassen: viel Ideologie und wenig Substanz. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU – Stephan Kühn [Dresden] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch auch ein Vorwurf an den Sachverständigenrat!)

Wenn dann auch noch ein prominentes Mitglied Ihrer Fraktion, nämlich die Kollegin Renate Künast – leider ist sie heute nicht anwesend –, sich via Twitter darüber aufregt, dass Air Berlin den Lieferanten seines berühmten Schokoladenherzens wechselt, zeigt sich die Doppelseitigkeit der Grünen, wenn es um das Thema Luftfahrt geht, wieder einmal mehr als deutlich.

(Beifall bei der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mein Gott! Das ist ja peinlich! – Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, genau, die Schokoladenherzen machen so viel Lärm!)

Hier wird abermals Wasser gepredigt und Wein getrunken. Der Kollege Klare hat es schon sehr gut ausgeführt: Einerseits will man den Leuten das Fliegen verbieten, aber andererseits selbst alle Vorteile des Fliegens genießen. Sie sollten endlich aufhören, die Menschen in unserem Land ständig zu bevormunden und ihnen zu sagen, was richtig oder falsch ist.

(Beifall bei der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Können Sie mal was zum Fluglärm sagen?)

**Florian Oßner**

- (A) Mobilität ist heute eine Grundvoraussetzung für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenleben. Fakt ist auch, dass Mobilität Umweltbelastungen wie Lärmemissionen verursacht; keine Frage. Das gilt für alle Verkehrsträger gleichermaßen. Laut Auswertung des Umweltbundesamtes sind in Deutschland 10,2 Millionen Menschen von Straßenlärm und 8,2 Millionen Menschen von Schienenlärm mit einem durchschnittlichen Schallpegel von mehr als 55 Dezibel betroffen. Von Fluglärm ist jedoch eine wesentlich kleinere Gruppe betroffen.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach, und dann muss man sich nicht um die kümmern, ja?)

Insgesamt ist von 738 000 Menschen die Rede. Das ist eine deutlich geringere Anzahl, als Sie uns mit Ihrem Antrag weismachen wollen.

(Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche Lösung haben Sie denn? – Weiterer Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber Sie werden morgens um fünf nicht geweckt!)

– Dazu dürfte auch ich selbst gehören, um auf Ihren Zuruf einzugehen. Denn ich wohne selbst in der Einflugschneise

(Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich auch!)

des Münchner Flughafens.

- (B) Laut Bundesumweltministerium hat sich der Anteil derjenigen, die sich von Fluglärm belästigt fühlen – der Herr Kollege Wichtel hat es bereits angesprochen –, von 2006 bis 2014 um insgesamt 65 Prozent reduziert.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich kenne die Zahlen schon längst!)

Das müssen Sie doch auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo sind wir eigentlich?)

Das ist aus meiner Sicht ein enormer Erfolg in Anbetracht der Tatsache, dass die Zahl der Flugbewegungen kontinuierlich zugenommen hat und die Bevölkerung durch Neu- und Ausbauprojekte stärker für das Thema Fluglärm sensibilisiert ist. Dieser Erfolg geht vor allem auf das Engagement der Flugzeug- und Triebwerkshersteller zurück.

Moderne Flugzeuge werden durch den Einsatz neuer Technologien immer leiser, sodass sie bereits jetzt die zulässigen Lärmgrenzen deutlich unterschreiten. Sämtliche großen Hersteller, ob Airbus, Boeing, Bombardier oder Embraer, sind gerade dabei, ihre Kurz- und Mittelstreckenflugzeuge mit Getriebefan-Triebwerken auszustatten. Hierbei handelt es sich um eine Technologie, die vom Münchner Triebwerkshersteller MTU Aero Engines mitentwickelt wurde. Durch diese Technologie verkleinert sich der Lärmteppich während des Starts um insgesamt 70 Prozent. Dies sind Innovationen, die unser Land braucht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Herbert Behrens [DIE LINKE]: Das geht nur mit scharfen Regelungen! Sonst wäre das heute noch nicht so weit!)

(C)

Der erste mit einem solchen Triebwerk ausgerüstete A320neo wird bereits im vierten Quartal 2015, also noch heuer Ende des Jahres, in Dienst gestellt.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was kriegen Sie eigentlich für die Werbung?)

Aber es wird noch leiser werden: Mit dem E-Fan will die Airbus Group einen elektrisch betriebenen Zweisitzer zur Serienproduktion bringen. Dieses extrem leise Flugzeug soll als Schulflugzeug eingesetzt werden und wird eine erhebliche Entlastung für die Anwohner an kleinen Sportflugplätzen bringen. Gemeinsam mit Rolls-Royce arbeitet Airbus zudem an der Vision eines hybrid-elektrisch angetriebenen Passagierflugzeuges mit bis zu 90 Sitzen.

Sie sehen, meine Damen und Herren: Elektromobilität findet zukünftig nicht nur auf der Straße statt, sondern bald auch in der Luft – ein Thema, das leider noch keine große Beachtung in der Öffentlichkeit gefunden hat.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wann hat Ihnen Airbus eigentlich diese Rede geschrieben?)

**Vizepräsidentin Ulla Schmidt:**

Aber, Herr Kollege, das werden Sie nicht mehr erläutern. Kommen Sie bitte zum Schluss.

(D)

**Florian Oßner (CDU/CSU):**

Um den Kreis zu dem anfangs erwähnten Schokoladenherzen zu schließen, möchte ich, gerichtet an die Kollegen der Grünen, noch abschließend sagen,

(Stephan Kühn [Dresden] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie welche mit? – Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Verteilen Sie die mal!)

dass ich mir, wenn es um die deutsche Luftfahrt geht, statt unnötiger, ideologisch geprägter Scheindebatten, die Sie führen, ein wesentlich größeres Herz für die deutsche Luftfahrtindustrie wünsche.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Sie lassen sich die Reden von Airbus schreiben!)

Die deutsche Luftfahrtbranche sieht sich derzeit einer Vielzahl von Problemen ausgesetzt.

Der Antrag der Grünen ist somit abzulehnen. Unser primäres Ziel in der nächsten Zeit muss vielmehr sein, die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland zu stärken, um weiter am langfristig weltweiten Wachstum des Luftverkehrs teilzuhaben und damit Arbeitsplätze zu halten, neue zu schaffen und die Individualmobilität des Einzelnen, ein wesentliches Lebensqualitätsmerkmal und somit ein Stück Freiheit, –



(A) **Vizepräsidentin Ulla Schmidt:**  
Kommen Sie jetzt bitte zum Schluss.

**Florian Obner** (CDU/CSU):  
– zu sichern.

Herzlichen Dank für das Zuhören. Herzliches Vergelt's Gott.

(Beifall bei der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jeder blamiert sich, so gut er kann!)

**Vizepräsidentin Ulla Schmidt:**  
Das war das Ende der Debatte.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/4331 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe, das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wenn jetzt die erhitzten Gemüter zur Ruhe kommen und Sie mir noch eine gewisse Zeit Ihre Konzentration schenken, dann kommen wir auch irgendwann zum Ende der heutigen Sitzung.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 15 auf:

- Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Personalausweisgesetzes zur Einführung eines Ersatz-Personalausweises und zur Änderung des Passgesetzes**

(B)

**Drucksache 18/3831**

- Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Personalausweisgesetzes zur Einführung eines Ersatz-Personalausweises und zur Änderung des Passgesetzes**

**Drucksache 18/4280**

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

**Drucksache 18/4706**

Es liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Die **Reden** sollen zu **Protokoll** gegeben werden.<sup>1)</sup> – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Innenausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/4706, die Gesetzentwürfe der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD auf Drucksache 18/3831 sowie der Bundesregierung auf Drucksache 18/4280 zusammenzuführen und in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. –

<sup>1)</sup> Anlage 3

Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen der CDU/CSU- und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen. (C)

**Dritte Beratung**

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, aufzustehen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 18/4711. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der CDU/CSU- und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dağdelen, Jan Korte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

**Deutsche Beteiligung an der EU-Polizeimission in der Ukraine beenden**

**Drucksachen 18/3314, 18/3932**

Die **Reden** sollen zu **Protokoll** gegeben werden.<sup>2)</sup> – Sie sind damit einverstanden. (D)

Dann kommen wir zur Abstimmung. Der Auswärtige Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/3932, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/3314 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 17 auf:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Weiterentwicklung des Personalrechts der Beamtinnen und Beamten der früheren Deutschen Bundespost**

**Drucksache 18/3512**

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

**Drucksache 18/4707**

Die **Reden** sollen zu **Protokoll** gegeben werden.<sup>3)</sup> – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden.

<sup>2)</sup> Anlage 4

<sup>3)</sup> Anlage 5